

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist (auch 24.03.2021 anwesend)

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Katja Breuer (am 24.03.2021 online anwesend)

Ratsmitglied Martin Ehlers (online anwesend; ebenso am 24.03.2021)

Bürgermeisterin Ursula Glaser (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Martin Harms (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Uwe Heinemann (auch 24.03.2021 anwesend)

Beigeordneter Stephan Hellwig (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Michael Kunze (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann (am 24.03.2021 online anwesend)

Ratsmitglied Helmut Möhle (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Astrid Zaage (online anwesend; ebenso am 24.03.2021)

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi (am 17.03.2021 anwesend bis einschl. TOP 6.1.7; auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Christina Heide (auch 24.03.2021 anwesend)

Beigeordneter Howard Jacques (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Gesche Marxfeld (auch 24.03.2021 anwesend)

Beigeordneter Jörg Mückenwarf (auch 24.03.2021 anwesend)

Bürgermeister Uwe Reese (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Detlef Schön (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Kristian Stoermer (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Florian Wiese (auch 24.03.2021 anwesend)

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok (online anwesend; ebenso am 24.03.2021)

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Petra Stomberg (auch 24.03.2021 anwesend)

Beigeordneter Andreas Tönjes (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Michael von den Berg (auch 24.03.2021 anwesend)

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner (auch 24.03.2021 anwesend)

Ratsmitglied Helga Weinstock (online anwesend; ebenso am 24.03.2021)

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Andreas Lang (am 24.03.2021 anwesend ab TOP 6.1.10.6.1)

Ratsmitglied Christian Ressel (am 24.03.2021 anwesend ab TOP 6.1.10.8)

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte (auch 24.03.2021 anwesend)

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman (auch 24.03.2021 anwesend)

Mitglied AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriß (am 24.03.2021 anwesend ab TOP 6.1.10.4.7)

Ratsmitglied Irina Moriß-Kappes (entschuldigt am 17.03.2021; am 24.03.2021 anwesend ab TOP 6.1.10.6.3)

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß (online anwesend; ebenso am 24.03.2021)

fraktionslos

Ratsmitglied Mirco Danner (am 17.03.2021 anwesend bis einschl. TOP 6.1.2; am 24.03.2021 anwesend ab TOP 6.1.10.6.1)

Ratsmitglied Sebastian Seidel (am 24.03.2021 entschuldigt)

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder (auch 24.03.2021 anwesend)

Stadtbaurat Nikša Marušić (auch 24.03.2021 anwesend)

Stadtkämmerer Thomas Bruns (auch 24.03.2021 anwesend)

von der Verwaltung

Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation Jens Müll (am 24.03.2021)

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth (am 24.03.2021)

Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller (17.03.2021; am 24.03.2021 online anwesend)

Fachbereich Finanzen Jan Hülsemann (auch 24.03.2021 anwesend)

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel (auch 24.03.2021 anwesend)

als Gast

Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude Simone Groh (online am 17.03.2021 zu TOP 6.1.2)

Betriebsleitung Technik Technische Betriebe Tim Menke (online am 17.03.2021 zu TOP 6.1.3)

Kaufmännische Betriebsleitung Technische Betriebe Holger Kullik (online am 17.03.2021 zu TOP 6.1.3)

Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven Oliver Leinert (online am 17.03.2021 zu TOP 6.1.8 und 6.1.9)

Ärztlicher Direktor Klinikum Wilhelmshaven Prof. Dr. Kai Goldmann (online am 17.03.2021 zu TOP 6.1.8 und 6.1.9)

Leiter kaufmännisches Controlling Klinikum Wilhelmshaven Florian Neumann (online am 17.03.2021 zu TOP 6.1.8 und 6.1.9)

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers (online am 17.03.2021 zu TOP 6.1.1 und 6.1.7; am 24.03.2021 anwesend)

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 25

B. Nichtöffentlicher Teil auf Seite 26

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6.1.1	Stadtgutschein Wilhelmshaven	81/2021
6.1.2	Wirtschaftsplan GGS 2021	73/2021
6.1.3	Wirtschaftsplan TBW 2021	62/2021
6.1.4	Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL)	66/2021
6.1.5	Wirtschaftsplan 2021 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH	56/2021
6.1.6	Wirtschaftsplan 2021 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH	57/2021
6.1.7	Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH	55/2021
6.1.8	Beschlussfassung zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2021 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb)	54/2021
6.1.9	Wirtschaftsplan 2021 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH	67/2021
6.1.10	Haushalt 2021/2022 (inkl. Änderungsliste vom 24.02.2021)	
6.1.10.1	Teilhaushalt 02 – Gleichstellung	
6.1.10.2	Teilhaushalt 14 – Rechnungsprüfung	
6.1.10.3	Dezernat I – Oberbürgermeister Feist	
6.1.10.3.1	Teilhaushalt 03 – Wirtschaft- und Regionalmanagement	
6.1.10.3.2	Teilhaushalt 13 – Kommunikation & Koordination	
6.1.10.4	Dezernat II – Erster Stadtrat Schönfelder	
6.1.10.4.1	Teilhaushalt 01 – Kultur	
6.1.10.4.2	Teilhaushalt 30 – Recht	
6.1.10.4.3	Teilhaushalt 40 – Bildung und Sport	
6.1.10.4.4	Teilhaushalt 32 – Bürgerangelegenheiten	
6.1.10.4.5	Teilhaushalt 50 – Soziales	
6.1.10.4.6	Teilhaushalt 51 – Jugend	
6.1.10.4.6.1	Zuschuss zu den Sach- und Personalkosten des Vereins zur Förderung der kommunalen Prävention (VKP) in WHV	43/2021
6.1.10.4.7	Teilhaushalt 53 – Gesundheit	
6.1.10.4.8	Teilhaushalt 58 – Jobcenter	
6.1.10.5	Dezernat III – Stadtbaurat Marusic	
6.1.10.5.1	Teilhaushalt 36 – Umwelt- und Klimaschutz	
6.1.10.5.2	Teilhaushalt 37 – Feuerwehr	
6.1.10.5.3	Teilhaushalt 61 – Stadtplanung und Stadtentwicklung	
6.1.10.5.4	Teilhaushalt 63 – Bauordnungsamt	
6.1.10.6	Dezernat IV – Stadtrat Bruns	
6.1.10.6.1	Teilhaushalt 10 – Organisation und Personalservice	
6.1.10.6.2	Teilhaushalt 16 – Städtische Datenverarbeitung	
6.1.10.6.3	Teilhaushalt 20 – Finanzen	
6.1.10.6.4	Teilhaushalt 66 – Konzern Stadt	
6.1.10.6.5	Teilhaushalt 99 – Allgemeine Finanzen	
6.1.10.7	Investitionsprogramm 2021-2025	
6.1.10.8	Stellenplan 2021/2022 (inkl. Änderungsübersicht)	
6.1.11	Haushaltssatzung 2021/2022 der Stadt Wilhelmshaven	71/2021
7	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Oberbürgermeister Feist informierte anschließend über den Brand an der Marion-Dönhoff-Schule und dankte den beteiligten Einsatzkräften. Die Brandursache sei bislang ungeklärt.

Herr Becker schloss sich dem Dank an.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr von den Berg bat um Auskunft, ob Haushaltsreden gehalten werden dürften, da diese laut Tagesordnung nicht vorgesehen seien.

Des Weiteren informierte er, der Antrag der Gruppe GUS auf Durchführung einer aktuellen Stunde in der heutigen Sitzung werde zurückgezogen.

Herr Becker erklärte, Haushaltsreden seien zugelassen und könnten zu Beginn der Beratungen über den Haushalt gehalten werden.

Die Tagesordnung wurde anschließend in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 16.12.2020 und 20.01.2021 (fortgesetzt am 28.01.2021)

Da das Protokoll über die Sitzung des Rates vom 20.01.2021 noch nicht vorlag, wurde zunächst über die Niederschrift vom 16.12.2020 diskutiert.

Herr Tönjes lobte die Art der Verfassung der Protokolle, forderte aber erneut deren frühere Fertigstellung. Er richtete die Bitte an Oberbürgermeister Feist dafür zu sorgen, dass seine Forderung nunmehr zügig umgesetzt werde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 16.12.2020 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

zurückgezogen.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsherr Heinemann)

Es folgten die Haushaltsreden von **Oberbürgermeister Feist** und **Herrn von den Berg**.

6.1.1 Stadtgutschein Wilhelmshaven

81/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.03.2021 vor.

Herr Hellwig beantragte die folgende **Änderung** für die Gruppe CDU/WBV:

„Die noch verfügbaren weiteren Mittel des sog. Coronafonds (insgesamt ca. 600.000,- €) der Stadt Wilhelmshaven werden umgewidmet. Diese werden nunmehr Vereinen / Gruppen / Institutionen aus den Bereichen Kultur, Sport, Freizeit, Soziales und ähnlichem zur Abmilderung ihrer coronabedingten Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung erarbeitet entsprechende Regularien, die Vergabe der Mittel erfolgt mittels Beschluss im Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Die Verwaltung prüft gleichfalls, ob ein Teil dieser Summe (200.000,-€) auch zur Stärkung des Tourismus -etwa für Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept- unter Einbeziehung der WTF verwandt werden kann, um die Stadt Wilhelmshaven so ein wenig gestärkt nach Ende der Pandemie darzustellen.

Ist dies nicht möglich, wird die volle Summe für erstgenannten Zweck verwandt.“

Auf Bitten von **Herrn Jacques** informierte **Herr Bruns** über den Standpunkt der Verwaltung zu diesem Änderungsantrag. Das Anliegen werde geprüft und dann dem Rat erneut vorgelegt.

Herr Hellwig bat, in diesem Fall den Änderungsantrag als Prüfauftrag zu verstehen.

Oberbürgermeister Feist regte an, dass bei der Vorbereitung und Entwicklung einer Richtlinie nicht nur die Verwaltung tätig werde, sondern auch die zuständigen Fachausschüsse einzubeziehen, wie den Sportausschuss, Kulturausschuss, Ausschuss für Soziales und Gesundheit und Jugendhilfeausschuss.

Frau Breuer machte darauf aufmerksam, dass man den Stadtgutschein damit nicht aushebeln wolle; dieser finde vollste Zustimmung. Es gehe der Gruppe mit dem Änderungsantrag darum, einen Teil der Summe aus dem nicht ausgeschöpften Corona-Fonds explizit für Tourismus zu verwenden. Einer Erweiterung, wie von Oberbürgermeister Feist vorgeschlagen, stünde nichts entgegen.

An der folgenden regen Diskussion zum Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Schön, Herr Tönjes, Herr Dr. von Teichman, Herr Schönfelder, Herr Heinemann, Herr Dr. Schulte, Herr Bruns, Frau Kloster, Herr Jacques, Oberbürgermeister Feist, Herr Hellwig, Herr Diers, Herr Ressel** und **Herr Walpurgis**.

Dabei ging es hauptsächlich um die Frage, inwiefern es sich dabei um einen Änderungsantrag handele oder ob dieser Antrag als eigenständiger Antrag zu

sehen sei. Ferner wurde das offenbar nicht zielgerichtete Verwenden von Haushaltsgeldern angesichts der herrschenden Haushaltslage bemängelt.

Nachdem der **Geschäftsordnungsantrag** von **Frau Bakir** auf **Schließen der Rednerliste** bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen** worden war und keine Wortbeiträge mehr zum Änderungsantrag vorlagen, wurde über den Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV abgestimmt.

Der **Änderungsantrag** wurde bei 22 Nein-Stimmen, 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman lobte anschließend das Vorhaben und verlieh seiner Hoffnung auf positive Auswirkungen Ausdruck. Gleichzeitig bat er zu beachten, dass es sich hier um einen einmaligen Vorgang handele.

Herr Tönjes widersprach der Auffassung von Herrn Dr. von Teichman. Seinen Informationen nach seien gar nicht alle Unternehmen bzw. Einzelhändler angesprochen worden. Zudem könne er das Vorgehen angesichts der Haushaltslage nicht gutheißen. Seiner Meinung nach könnten die Mittel an anderer Stelle besser eingesetzt werden.

Herr Diers erklärte auf Bitten von Herrn Jacques das Vorgehen: Zunächst einmal sei das Vorhaben im Vorfeld über alle Kanäle verbreitet worden, um möglichst viele Unternehmen zu erreichen. Jeder könne sich zu jeder Zeit beteiligen, niemand würde ausgeschlossen. Auch jetzt würde die Abfrage noch weiterlaufen. Das mit dem Stadtgutschein ausgegebene Geld komme Kindern und Jugendlichen zu Gute.

Frau Stomberg zeigte sich skeptisch. Sie bezweifle, ob wirklich alle gefragt worden seien und der Gutschein letztlich tatsächlich für alle Geschäfte gelte. Auch stehe sie den genannten positiven Auswirkungen für die Handwerksbetriebe eher skeptisch gegenüber. Zudem könne sie ein Vorhaben nicht unterstützen, mit dem der Verkauf von „Plastikkram“ forciert werde.

Herr Heinemann gab zu bedenken, dass sich dieses neue Gutschein-System zunächst etablieren müsse.

Herr Diers führte aus, es würden sich bereits weit über 50 Geschäfte beteiligen. Den Bürgern könne darüber hinaus nicht vorgeschrieben werden, wofür sie die Gutscheine einsetzen. Das System müsse zunächst gestartet werden; die weitere Entwicklung würde sich im Verlauf zeigen. Er sei erfreut, dass das Vorhaben nach jahrelanger Diskussion endlich umgesetzt werde.

Herr Ressel erklärte, er werde nicht mitstimmen, da er als Unternehmer selbst betroffen sei.

Herr Hellwig betonte, der Stadtgutschein sei nur zu begrüßen und je mehr Unternehmen sich daran beteiligten, desto größere Auswirkungen könnten sich ergeben. Er appellierte, diese Chance nicht zu vergeben.

Frau Breuer konnte die zum Teil vorherrschende Skepsis nicht nachvollziehen. Mit dem Stadtgutschein besitze die Stadt nun ein gutes Mittel, um die Kaufkraft zu binden, vor allem in Zeiten von Online-Shopping. Es biete darüber hinaus viele Möglichkeiten, auch außerhalb Wilhelmshavens Käufer zu erreichen. Ob wirklich

jeder einzelne Betrieb bereits persönlich um Teilnahme gefragt worden sei, könne nicht das Problem sein. Die Teilnahme werde keinem verwehrt und jeder Betrieb könne sich auch selbst melden.

Die Sitzung wurde anschließend für eine **Pause von 16.30 Uhr bis 16.50 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung melden sich kurz die **Herren Harms und Walpurgis** zu Wort, bevor **Frau Glaser** mit einem Geschäftsordnungsantrag das **Schließen der Rednerliste** beantragte.

Der Geschäftsordnungsantrag von Frau Glaser wurde bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**. Da ohnehin keine Wortmeldungen mehr vorlagen, erfolgte die Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 8 Nein-Stimmen, darunter Herr Tönjes, und 1 Enthaltung – ohne Beteiligung der Herren von den Berg und Ressel)

Die Stadt Wilhelmshaven bezuschusst den Stadtgutschein Wilhelmshaven mit einmalig 80.000 Euro.

6.1.2 Wirtschaftsplan GGS 2021

73/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.03.2021 vor.

Herr von den Berg brachte für die Gruppe GUS den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Aufnahme Sanierung Jugend- und Kinderbücherei in Höhe von 50000€.

Gegenfinanzierung: Löschung Planungsansatz für 2022, Sanierung Rathaus Position 111 7041 701“

Der Änderungsantrag wurde zwischen **Herrn Dr. von Teichman, Herrn Marušić, Herrn Hellwig, Frau Stomberg, Herrn Bruns, Herrn Jacques, Herrn Tönjes** und **Herrn von den Berg** diskutiert. Dabei stand hauptsächlich der Vorschlag zur Gegenfinanzierung in der Kritik. Herr Bruns erklärte auf den Hinweis von Frau Stomberg, die Sanierung der Jugend- und Kinderbücherei nicht weiter aufzuschieben, dass diese für 2022 ohnehin vorgesehen sei.

Der Änderungsantrag der Gruppe GUS wurde bei 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Ein weiterer **Änderungsantrag** wurde von **Herrn Dr. von Teichman** für die Gruppe FDP/FW eingebracht:

1. *Im Wirtschaftsplan von GGS wird im Investitionshaushalt die Summe von (gesamt) 7,6 Mio. (Pos. 117022002 Neubau Grundschule) gestrichen.*
2. *Die Maßnahme „Grundschule Rheinstraße“ (Pos. 1117022003) beginnt bereits im Jahr 2022 (gesamt: 2,3 Mio. €)*

3. *Für die Sanierung der Kunsthalle werden als Ergänzung zur Förderung des Bundes (Denkmalschutzsonderprogramm = 60%) 360.000 € eingeplant (Gesamtsumme der Maßnahme ca. 900.000 €)*
4. *Zur Sanierung der Kopperhörner Mühle werden 500.000 € in den WP als VE für 2022 aufgenommen. Weitere 500.000 € werden aus dem Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes beantragt.*
5. *Für den Umbau und die Erweiterung der Kinder- und Jugendbibliothek werden für 2021 Planungskosten von 50.000 € veranschlagt, sowie eine VE für 2022 von 400.000 € und der Baubeginn auf das Jahr 2022 festgelegt.*
6. *Es erfolgt eine erneute Prüfung, ob die Errichtung einer weiteren Oberschule am Standort Paul-Hug-Straße tatsächlich an Hand der Entwicklung der Schülerzahlen noch zu rechtfertigen ist. Sollte sich dies bestätigen, werden die im WP vorgesehenen Mittel bzw. die Maßnahmen um jeweils 1 Jahr vorgezogen.*

Herr Möhle sprach sich vehement gegen die Streichung der Mittel für den Neubau Grundschule aus und widerlegte die Behauptung, die Schülerzahlen würden sinken. Er widersprach dem Änderungsantrag und begründete die einzelnen Positionen.

Herr Tönjes vermisste hinsichtlich der Änderungsanträge eine Absprache zwischen den beiden Gruppen.

Herr von den Berg signalisierte die Ablehnung der Gruppe GUS gegenüber dem Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW und stimmte den Ausführungen von Herrn Möhle zu. Er verwies auf den demokratisch gefassten Beschluss hinsichtlich der Planungen für die Schulen, der nicht nach Belieben verändert werden könne. Darüber hinaus wolle er betonen, dass es auch ohne die im Antrag genannten Maßnahmen eine sehr gute Kinder- und Jugendbibliothek gebe.

Frau Weinstock stimmte den Herren Möhle und von den Berg zu.

Herr Moriße erklärte, die AfD-Fraktion werde dem Änderungsantrag zustimmen, da die Schülerzahlen allein auf die fehlerhafte Flüchtlingspolitik zurück zu führen seien.

Herr Jacques verwahrte sich gegen die von Herrn Moriße getätigten Äußerungen. Die SPD-Fraktion sehe aber im Bereich „Bildung“ sehr großen Bedarf. Abschließend bat Herr Jacques um **getrennte Abstimmung**.

Herr Hellwig erinnerte an die Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft, dass eine getrennte Abstimmung aufgrund des Gefüges des Änderungsantrag nicht möglich bzw. sinnvoll sei. Im Übrigen stehe die Gruppe CDU/WBV hinter den gefassten Ratsbeschlüssen und lehne den Änderungsantrag ab.

Herr Dr. von Teichman begründete den Änderungsantrag dahingehend, dass der Standort Mühlenweg, der nicht ausgelastet sei, aufgestockt, dafür aber eine andere Schule nicht gebaut werden solle. Außerdem sehe er kein Problem darin, wenn Änderungen an gefassten Beschlüssen vorgenommen würden, wenn nötig. Er wies darauf, dass die Kommunalaufsicht die Haushaltsplanungen sehr genau prüfen werde. Wenn der Neubau des TWWP gewollt sei, müssten an anderer Stelle Einsparungen vorgenommen werden. Er wolle davor warnen, dass

spätestens dann Streichungen vorgenommen werden müssten, wenn der Haushalt nicht genehmigt werde. Daher plädiere er dafür, rechtzeitig mit geeigneten Maßnahmen vorzubeugen, ohne dass einem Kind Schaden zugefügt werde. Auch die anderen im Änderungsantrag aufgeführten Vorschläge seien unbedingt notwendig, wenn ein genehmigter Haushalt gewollt sei.

Herr Schönfelder nahm kurz Stellung zu den Schülerzahlen und Klassengrößen, bei denen es aktuell keine signifikanten Änderungen gebe. Er bitte daher, die Verwaltung an den bisherigen Planungen weiterarbeiten zu lassen.

Über den Antrag wurde wie folgt getrennt abgestimmt:

Ziffern 1 – 5:

Beschluss: - mehrheitlich **abgelehnt** –

(bei 17 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Ziffer 6:

Beschluss: - mehrheitlich **abgelehnt** –

(bei 7 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen)

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Kreditaufnahmen sind in Höhe von 12.134.000 € vorgesehen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 16.860.000 € festgesetzt.

6.1.3 Wirtschaftsplan TBW 2021

62/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.03.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman brachte folgenden **Änderungsantrag** für die Gruppe FDP/FW ein:

„Die Ausschüsse und der Rat mögen beschließen:

- 1. Im Kernhaushalt wird die Summe von 715.000 € für KMU (Investitionsprogramm) gestrichen.*
- 2. TBW erhalten zur weiteren Straßensanierung 650.000 €.
(Pos. 2.1.1 im Vermögensplan Abschnitt IV)*
- 3. Die entsprechende Position im Wirtschaftsplan von TBW wird demzufolge angepasst.“*

Herr Hellwig mahnte, die KMU-Mittel nicht zu beschneiden. Aus diesem Grunde wolle die Gruppe CDU/WBV den vorliegenden **Änderungsantrag** wie folgt ändern:

„Die Gruppe CDU/WBV beantragt folgende Änderung zum Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW zum Wirtschaftsplan TBW:

Die KMU-Mittel i.H.v. insgesamt 715.000 € bleiben in voller Höhe bestehen.

Mittel hieraus, die nicht in 2021 abgerufen werden oder aufgrund fortgeschrittener Bewilligungsverfahren verbindlich für eine Verwendung vorgehalten werden müssen, werden in den folgenden Wirtschaftsplan TBW als zusätzliche Summe übertragen.“

Herr Dr. von Teichman erklärte, die Gruppe FDP/FW könne die Erweiterung nicht mittragen, da die dringend benötigten Straßensanierungen nicht weiter aufgeschoben werden dürften.

An der folgenden Diskussion über die Änderungsanträge beteiligten sich **Herr von den Berg, Frau Glaser, Herr Jacques, Herr Schön, Herr Dr. Schulte, Herr Heinemann** und **Herr Walpurgis**. Dabei wurden in der Hauptsache die Notwendigkeit und die Bedeutung der KMU-Mittel thematisiert.

Der **Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV** wurde bei 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Der **geänderte Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW** wurde bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung ebenfalls **mehrheitlich angenommen**.

Nach erfolgter Abstimmung über die Änderungsanträge informierten **Herr Marušić** und **Herr Menke** auf Bitten der **Herren Dr. von Teichman** und **von den Berg** über die Breitbanderschließung in Gewerbegebieten.

Herr Dr. von Teichman mahnte die Umsetzung an, zumal auch Digitalisierung eine Form der Wirtschaftsförderung darstelle. Er bedauerte, dass hierfür keine Mittel im Wirtschaftsplan zur Verfügung gestellt würden, und forderte, sämtliche ausstehenden Maßnahmen in Gewerbegebieten nunmehr umzusetzen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(inklusive Änderung, bei 1 Enthaltung)

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe Wilhelmshaven, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2021 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **11.531.112 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **9.750.000 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2021 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000 €** festgesetzt.

Änderung auf Antrag der Gruppe FPD/FW bzw. Gruppe CDU/WBV im Rat am 17.03.2021:

~~4. Im Kernhaushalt wird die Summe von 715.000 € für KMU (Investitionsprogramm) gestrichen. Die KMU-Mittel i.H.v. insgesamt~~

715.000 € bleiben in voller Höhe bestehen.

*~~5. TBW erhalten zur weiteren Straßensanierung 650.000 €-
(Pos. 2.1.1 im Vermögensplan Abschnitt IV)~~*

*~~6. Die entsprechende Position im Wirtschaftsplan von TBW wird
demzufolge angepasst.~~*

*Mittel hieraus, die nicht in 2021 abgerufen werden oder aufgrund
fortgeschrittener Bewilligungsverfahren verbindlich für eine
Verwendung vorgehalten werden müssen, werden in den folgenden
Wirtschaftsplan TBW als zusätzliche Summe übertragen.*

6.1.4 Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL) **66/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.03.2021 vor.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL) zur Kenntnis.

6.1.5 Wirtschaftsplan 2021 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH **56/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.03.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman merkte an, dass den zahlreichen Vorhaben bedauerlicherweise nur Mittel in begrenztem Umfang entgegenstünden. Es sei unabdingbar genauestens auf die Einhaltung der Haushaltsdisziplin zu achten.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Dem Wirtschaftsplan 2021 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 608.581 wird zugestimmt.

6.1.6 Wirtschaftsplan 2021 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH **57/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.03.2021 vor.

Zwischen den **Herren Schön** und **Dr. von Teichman** wurde die Frage diskutiert, ob es möglich und sinnvoll sei, die zahlreichen befristet angestellten Mitarbeiter der VHS in ein unbefristetes, tariflich bezahltes Beschäftigungsverhältnis zu überführen. Dies wurde angesichts der zahlreichen von der VHS betriebenen Projekte, für die Mitarbeiter befristet eingestellt werden, als schwierig angesehen, wolle man nicht den Verlust von Projekten in Kauf nehmen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2021 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird zugestimmt.

6.1.7 Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH 55/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.03.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman sah diesen Haushalt aufgrund der Pandemie als eher vorläufig und insgesamt schwierig an. Doch gebe es durchaus auch Perspektiven, so dass er diesem Wirtschaftsplan zustimmen könne.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Dem Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 4.774.811 Euro wird zugestimmt.

Die Sitzung wurde anschließend für eine **Pause von 18:15 Uhr bis 18:35 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die weitere Beschlussfassung zu den Wirtschaftsplänen.

6.1.8 Beschlussfassung zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2021 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) 54/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.03.2021 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der beiliegende Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes 2021 wird beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird für 2021 auf 4.550.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2021 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000,00 € festgesetzt.

6.1.9 Wirtschaftsplan 2021 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH 67/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.03.2021 vor.

Zunächst beantworteten **Herr Leinert** und **Herr Prof. Goldmann** einige Fragen von **Herrn Dr. von Teichman** zum Neubau.

Herr Dr. von Teichman erklärte, die Gruppe FDP/FW werde der Vorlage mehrheitlich nicht folgen. Er konnte den im Wirtschaftsplan vorgelegten Zahlen zum Teil keinen Glauben schenken und belegte dies anhand einiger Beispiele. Das Krankenhaus befinde sich noch immer in einer Schieflage; daher könne er nicht glauben, dass die Angaben zum Neubau umgesetzt werden könnten.

Herr von den Berg widersprach den geäußerten Zweifeln. Er bat eindringlich, die permanenten Vorwürfe zu unterlassen und zeigte sich zuversichtlich, dass es durchaus positive Auswirkungen durch den Neubau geben werde. Die Zahlen im Wirtschaftsplan hätten aus seiner Sicht „Hand und Fuß“. Das Team um den Geschäftsführer müsse dringend unterstützt werden.

Frau Glaser stimmte den Ausführungen von Herrn von den Berg ausdrücklich zu. In Richtung von Herrn Dr. von Teichman bat sie eindringlich, die beständige Schwarzmalerei zu unterlassen. Die Mitbürger erwarteten ein kommunales Krankenhaus und auf diesem Standpunkt stehe auch die Gruppe CDU/WBV. Sie wolle die Mannschaft um Herrn Leinert als Geschäftsführer ausdrücklich für deren Arbeit loben. Ihr selber bereite die Arbeit im Aufsichtsrat endlich wieder Freude.

An der folgenden angeregten Diskussion beteiligten sich **Herr Kunze, Herr Hellwig, Herr Tönjes, Herr Reese, Frau Kloster, Herr Prof. Preuß, Herr Ressel** und **Herr Moriß**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Dem Wirtschaftsplan 2021 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (KW gGmbH) mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 225.000 € wird zugestimmt.

6.1.10 Haushalt 2021/2022 (inkl. Änderungsliste vom 24.02.2021)

6.1.10.1 Teilhaushalt 02 – Gleichstellung

Keine Wortmeldungen

6.1.10.2 Teilhaushalt 14 – Rechnungsprüfung

Keine Wortmeldungen

6.1.10.3 Dezernat I - Oberbürgermeister Feist

6.1.10.3.1 Teilhaushalt 03 - Wirtschaft- und Regionalmanagement

Keine Wortmeldungen

6.1.10.3.2 Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination

Keine Wortmeldungen

6.1.10.4 Dezernat II - Erster Stadtrat Schönfelder6.1.10.4.1 Teilhaushalt 01 - Kultur

Herr Jacques brachte für die SPD-Fraktion folgenden **Änderungsantrag** ein:

*„Der Rat der Stadt möge in Abänderung zum Teilhaushalt 01 beschließen:
Dem Verein „Klassik am Meer seinem Antrag auf Zuschuss von 2000 € zuzustimmen.“*

An der Aussprache über den Änderungsantrag beteiligten sich zum einen **Frau Glaser, Herr Dr. von Teichman** und **Herr Hellwig**, die sich skeptisch gegenüber dem Ansinnen zeigten angesichts des ohnehin schon hohen Anteils freiwilliger Leistungen im Haushalt. Vor diesem Hintergrund könne nicht jeder Wunsch erfüllt werden, zumal die Gefahr bestehe, bei anderen Institutionen Begehrlichkeiten zu wecken. Zudem wurde der Umstand kritisch angesehen, dass der Verein seinen Sitz in Wittmund habe.

Dem gegenüber stand die Auffassung der **Herr Herren Jacques** und **Tönjes**, die die Unterstützung der Kultur durch die Corona-bedingten Ausfälle für dringend geboten hielten.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde bei 18 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Ein weiterer **Änderungsantrag** wurde von **Herrn Walpurgis** für die Gruppe GUS eingebracht:

*„Dem Antrag des Lokalsenders Radio Jade für einen Zuschuss wird in Höhe von **€ 30.000** für die Jahre 2021 und 2022 entsprochen.*

Radio Jade ist ein lokaler, nichtkommerzieller Bürgersender, der im hiesigen Bereich eine hervorragende Arbeit leistet und auch für seine Ausbildung sowie Projekte in der Vergangenheit mehrfach ausgezeichnet wurde. Auf das Antragsschreiben des Senders sowie die dargestellten Gründe für den Zuschussantrag wird hingewiesen.

Restmittel aus dem Corona-Hilfsfond sind hier für die Finanzierung zu nehmen.“

Frau Breuer zeigte sich verwundert über die Begründung, da die Verwendung von Restmitteln aus dem Corona-Fonds abgelehnt worden sei.

Herr Schönfelder gab zu bedenken, es handele sich in der vorgelegten Form nicht um einen Änderungsantrag zum Haushalt. Als dieser sei er nicht vorberaten und darüber hinaus verfristet. Er schlage daher vor, diesen Änderungsantrag zurückzuziehen und als neuen Sachantrag in die April-Ratssitzung einzubringen.

Herr Walpurgis erklärte sich damit einverstanden, den letzten Satz des Antrages zu streichen, damit das Formerfordernis erfüllt werde und dieser als Änderungsantrag zum Haushalt gelten könne.

Die **Herren Schön, Tönjes** und **Jacques** sprachen sich für diesen Änderungsantrag aus. Die Arbeit des Senders, der ein Stück regionale Kultur darstelle, sei ohne Zuschuss akut gefährdet. Es dürfe nicht außer

Acht gelassen werden, dass der Lokalsender überwiegend von Sponsoring lebe, was sich in der aktuellen Lage als sehr schwierig erweise. Der Kulturausschuss habe dem Änderungsantrag im Übrigen zugestimmt.

Die **Herren Hellwig** und **Dr. von Teichman** gaben zu bedenken, dass es sich auch hier um eine freiwillige Leistung handele, die die Stadt aufgrund der aktuellen Haushaltslage nur knapp einsetzen könne. Auf diesem Gebiet könnten nun einmal nicht alle Anfragen bedient werden. Wenn die Summe für sich genommen auch gering erscheine, so stelle die Gesamtsumme dennoch eine Belastung für den Haushalt dar.

Der anschließend von **Herrn von den Berg** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf **Ende der Debatte** wurde **mehrheitlich angenommen**.

Dem **Änderungsantrag** der Gruppe GUS in der folgenden Form

*„Dem Antrag des Lokalsenders Radio Jade für einen Zuschuss wird in Höhe von **€ 30.000** für die Jahre 2021 und 2022 entsprochen.*

Radio Jade ist ein lokaler, nichtkommerzieller Bürgersender, der im hiesigen Bereich eine hervorragende Arbeit leistet und auch für seine Ausbildung sowie Projekte in der Vergangenheit mehrfach ausgezeichnet wurde. Auf das Antragsschreiben des Senders sowie die dargestellten Gründe für den Zuschussantrag wird hingewiesen.

~~Restmittel aus dem Corona-Hilfsfonds sind hier für die Finanzierung zu nehmen.“~~

wurde bei 18 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich zugestimmt**.

6.1.10.4.2 Teilhaushalt 30 - Recht

Keine Wortmeldungen

6.1.10.4.3 Teilhaushalt 40 - Bildung und Sport

Keine Wortmeldungen

6.1.10.4.4 Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten

Keine Wortmeldungen

6.1.10.4.5 Teilhaushalt 50 - Soziales

Herr Jacques brachte für die SPD-Fraktion folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat der Stadt möge in Abänderung zum Teilhaushalt 50 beschließen:

Der „AIDS-Hilfe“ in Wilhelmshaven seinem Antrag auf Zuschuss von 5000 € zuzustimmen.“

An der regen Diskussion um die Möglichkeit der Zustimmung zu diesem Zuschussantrag vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage beteiligten sich **Herr Dr. von Teichman, Herr Schönfelder, Herr Reese, Herr von den Berg, Herr Hellwig, Herr Moriß, Frau Stomberg, Frau Glaser,**

Herr Walpurgis, Herr Bruns, Frau Weinstock, Herr Möhle, Frau Breuer und Herr Prof. Preuß.

Der Geschäftsordnungsantrag von **Ratsherrn Seidel** auf **Ende der Debatte** wurde bei 2 Enthaltungen **einstimmig angenommen**.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** wurde bei Stimmengleichheit (18 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen) **abgelehnt**.

Herr Reese brachte für die SPD-Fraktion einen weiteren **Änderungsantrag** ein:

*„Der Rat der Stadt möge in Abänderung zum Teilhaushalt 50 beschließen:
Der Arbeitsloseninitiative auf Grund ihres Antrages einen Zuschuss von 5.000 € zuzustimmen.“*

Herr Hellwig erinnerte daran, dass dieser Antrag regelmäßig zu den Haushaltsberatungen des Rates gestellt werde. Die Gruppe CDU/WBV wolle jedoch keine Parallel-Verwaltung finanzieren und lehne diesen Änderungsantrag daher ab. Er wolle zudem darauf aufmerksam machen, dass der Sozial-Bereich bereits über die Hälfte des Haushalts ausmache. Das Argument, die Stadt sei unsozial könne er daher nicht gelten lassen. Außerdem handle es sich auch hier um eine freiwillige Leistung.

Frau Stomberg warf die Frage auf, was geschehe, wenn die Arbeitsloseninitiative ihre Arbeit einstelle. Dort würden seit Jahren auch Aufgaben des Jobcenters mit erledigt. Die Initiative arbeite mit Arbeits- und Sozialgerichten zusammen und versuche, bei Gerichtsverfahren zu vermitteln. Sie fände es sehr wohl unsozial, wenn die Stadt diese Einrichtung nicht unterstütze.

Auch **Herr Schön** hielt den Antrag für unterstützenswert. Dort werde im Bereich der Sozialberatung hervorragende Arbeit geleistet. Die Arbeitsloseninitiative arbeite zudem kostenlos und leiste einen wichtigen Beitrag für die soziale Stabilität. Er appellierte, mutig zu sein und die Arbeit mit dem Zuschuss zu unterstützen.

Herr Dr. Schulte beantragte das **Ende der Debatte**; der Geschäftsordnungsantrag wurde **mehrheitlich angenommen**.

Der Ratsvorsitzende **unterbrach die Sitzung** anschließend **um 20.00 Uhr** und legte die **Fortsetzung für Mittwoch, den 24. März um 14.00 Uhr** fest.

Über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde nicht mehr abgestimmt.

Fortsetzung der Sitzung am 24.03.2021 um 14.00 Uhr

Herr Jacques beantragte für die SPD-Fraktion die folgende **Änderung**:

*„Der Rat der Stadt möge folgende Änderung zur Beschlussvorlage 71/2021 „Haushaltssatzung 2021/2022 der Stadt Wilhelmshaven“ beschließen:
Die im Haushaltsjahr 2020/21 veranschlagten Mittel für den Sozialfonds im Haushalt von 50.000 €) werden einmalig auf „0“ herabgesetzt. Die Mittel für das Haushaltsjahr 2022 und die mittelfristige Finanzierungsplanung bleiben*

unberührt.“

Herr Schönfelder und **Herr Bruns** erläuterten aufgrund von Nachfragen der **Herren Schön, Tönjes, Ehlers, Möhle** und **Frau Glaser** den Änderungsantrag inhaltlich.

Der Geschäftsordnungsantrag von **Herrn von den Berg** auf **Schließen der Rednerliste** wurde **mehrheitlich angenommen**.

Anschließend wurde die Rednerliste mit den Wortbeiträgen von **Herrn Walpurgis, Herrn Reese, Frau Weinstock** und **Herrn Jacques** abgearbeitet. Es bestand generelle Zustimmung zu diesem Antrag, gleichzeitig wurde darum gebeten, die Modalitäten des Sozialfonds nicht zu ändern, auch wenn dieser schlecht frequentiert werde. Frau Weinstock hielt dem entgegen, dass den Vereinen bei der Antragstellung mehr geholfen werden müsse, um die Inanspruchnahme zu verbessern. Herr Jacques betonte, es handele sich hier um ein einmaliges Vorgehen; der Sozialfonds solle nicht über Gebühr belastet werden.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** wurde bei 11 Gegenstimmen **mehrheitlich angenommen**.

Von **Herrn Jacques** wurde ein weiterer **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** eingebracht:

*„Der Rat der Stadt möge in Abänderung zum Teilhaushalt 50 beschließen:
Der Arbeitsloseninitiative auf Grund ihres Antrages einen Zuschuss von 5.000 € zuzustimmen.“*

Herr Dr. von Teichman verwies auf einen ähnlichen Antrag der Gruppe GUS, der sich ebenfalls auf die Arbeitsloseninitiative bezog. Gleichzeitig warnte er davor, aufgrund des soeben angenommenen Antrages zum Sozialfonds ein „Füllhorn ausschütten“ zu wollen.

Herr Walpurgis beantragte daraufhin für die Gruppe GUS die folgende **Änderung**:

*„Dem Antrag der Arbeitsloseninitiative WHV – FRI für einen Zuschuss wird in Höhe von **€ 10.000** für das Jahr 2021 entsprochen. Die hervorragende Arbeit der ALI, die in den letzten Jahren trotz Beantragung keine Zuwendungen erhalten hat, verdient Unterstützung, gerade auch jetzt in den durch die Corona-Pandemie für die Stadt Wilhelmshaven schwierigen Zeiten.“*

Herr Möhle und **Herr Ehlers** verliehen ihrer Skepsis gegenüber dem Änderungsantrag Ausdruck. Herr Möhle machte darauf aufmerksam, dass die Institution in der Vergangenheit trotz der regelmäßig abgelehnten Zuschussanträge gut über die Runden gekommen sei. Herr Ehlers warf die Frage auf, ob es ein gutes Zeichen sei, nun eine Institution zu unterstützen, die in den letzten Jahren immer abgelehnt worden sei.

Die **Herren Tönjes, Hammadi, von den Berg, Schön** und **Frau Weinstock** begrüßten den Antrag. Die sehr gute Arbeit dieser Institution, die aktuell in eine unverschuldete finanzielle Schieflage geraten sei, müsse nunmehr unterstützt werden. Gerade angesichts der eigenen schwierigen

Haushaltslage sei es ein gutes Zeichen, andere zu unterstützen.

Der Geschäftsordnungsantrag von **Frau Glaser** auf **Schließen der Rednerliste** wurde **mehrheitlich angenommen**.

An der abschließenden Diskussion zu den Änderungsanträgen zwischen den übrigen Rednern der Rednerliste beteiligten sich die **Herren Hellwig, Harms, Dr. von Teichman** und **Walpurgis**.

Der **Änderungsantrag der Gruppe GUS** wurde bei 13 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** wurde bei 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

6.1.10.4.6 Teilhaushalt 51 - Jugend

Keine Wortmeldungen

6.1.10.4.6.1 Zuschuss zu den Sach- und Personalkosten des Vereins zur Förderung der kommunalen Prävention (VKP) in WHV **43/2021**

Herr Dr. Schulte trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 10.02.2021 vor.

Das Thema wurde kurz zwischen den **Herren Jacques, Schön** und **Hellwig** diskutiert.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen)

Der Jugendhilfeausschuss spricht sich dafür aus, dass der Verein zur Förderung der kommunalen Prävention in Wilhelmshaven e.V. für den Betrieb einer Geschäftsstelle Prävention einen Zuschuss in Höhe von 57.000 € pro Jahr erhält.

Der Zuschuss wird für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2022 gewährt und schließt unmittelbar an den laufenden Förderzeitraum an (01.04.2020 – 31.12.2021).

Mittel in dieser Höhe sollen im Rahmen des anstehenden Doppelhaushalts 2021/2022 eingestellt / eingebracht werden und bedürfen des dortigen Beschlusses.

Im Falle einer Bewilligung erfolgt eine Auszahlung erst nach Feststellung einer wirtschaftlichen und nachhaltigen Präventionsarbeit im Rahmen einer fundierten Wirkungsanalyse des VKP durch den Fachausschuss.

Der VKP wird aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zur Refinanzierung seiner Aufwendungen durch Dritte zu unternehmen, damit der Zuschuss der Stadt zurückgeführt werden kann.

6.1.10.4.7 Teilhaushalt 53 – Gesundheit

Herr Jacques brachte für die SPD-Fraktion einen **Änderungsantrag** ein:

*„Der Rat der Stadt möge in Abänderung zum Teilhaushalt 53 beschließen:
Der „Pro Familia“ in Wilhelmshaven wird ein Zuschuss von 20.000 € gegeben.“*

Herr Möhle beantragte namens der Gruppe CDU/WBV den Änderungsantrag der SPD-Fraktion um die Worte „pro Jahr“, also für die Jahre 2021 und 2022, zu ergänzen.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich **Oberbürgermeister Feist, Herr Dr. von Teichman, Herr Reese, Herr Möhle, Herr von den Berg und Frau Stomberg**. In Folge des Hinweises von Oberbürgermeister Feist wurde der Antrag von Herrn Möhle um den Passus „bis eine bundesgesetzliche Regelung getroffen worden ist“ **erweitert**.

Der daraufhin von **Frau Zaage** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf **Ende der Debatte** wurde **mehrheitlich angenommen**.

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der von Herrn Möhle ergänzten Form:

*„Der Rat der Stadt möge in Abänderung zum Teilhaushalt 53 beschließen:
Der „Pro Familia“ in Wilhelmshaven wird ein Zuschuss von 20.000 € pro Jahr gegeben, bis eine bundesgesetzliche Regelung getroffen worden ist.“*

wurde anschließend bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich zugestimmt**.

6.1.10.4.8 Teilhaushalt 58 – Jobcenter

Keine Wortmeldungen

6.1.10.5 Dezernat III – Stadtbaurat Marusic

6.1.10.5.1 Teilhaushalt 36 – Umwelt- und Klimaschutz

Herr Walpurgis beantragte für die Gruppe GUS die folgende **Änderung**:

*„Dem Antrag des Kreisverbandes der Imker FRI – WHV für einen Zuschuss wird in Höhe von **€ 100** für die Jahre 2021 und 2022 entsprochen. Das Thema Bienensterben sowie die entsprechende Aufklärung zu dem Thema, die Würdigung der Bedeutung der Bienen für die Natur und Umwelt stellen einen wichtigen Beitrag dar.“*

Herr Möhle erklärte, die Gruppe CDU/WBV werde den Antrag ablehnen und den Betrag spenden.

Herr Walpurgis begrüßte die Idee, doch halte er eine Zustimmung zum Antrag für besser. Die Spende könne zusätzlich erfolgen.

Herr Harms wies darauf hin, die Gruppe wolle dies dem Haushalt ersparen.

Der **Änderungsantrag** wurde bei 18 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Herr von den Berg betonte anschließend, dass der Umweltbereich dringend noch stärker in den Fokus rücken müsse. Seine Gruppe stehe voll hinter diesem Teilhaushalt; es gebe bereits viele gute Projekte in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz. Dies könne vollumfänglich unterstützt werden.

6.1.10.5.2 Teilhaushalt 37 - Feuerwehr

Keine Wortmeldungen

6.1.10.5.3 Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Stadtentwicklung

Keine Wortmeldungen

6.1.10.5.4 Teilhaushalt 63 – Bauordnungsamt

Keine Wortmeldungen

6.1.10.6 Dezernat IV - Stadtrat Bruns

6.1.10.6.1 Teilhaushalt 10 - Organisation und Personalservice

Herr Hellwig brachte den folgenden Änderungsantrag für die Gruppe CDU/WBV ein:

„Für die leistungsbezogene Besoldung (LOB) der Beamten wurden nach bisherigem Stand erstmals ab 2021 jährlich 287.000,- € veranschlagt.

Wir beantragen diese wie folgt zu ändern:

Haushaltsjahr 2021: streichen (0,-€)

Haushaltsjahr 2022: Die Verwaltung prüft, ob die gesetzlichen Regelungen die Möglichkeit der anteiligen Gewährung (z.B. hälftige Fallzahl, hälftige Summe) zulassen. In Abhängigkeit dieses Ergebnisses stellt die Verwaltung dann erneut Mittel in einen Nachtragshaushalt 2022 zur Bewilligung durch den Rat ein.“

Herr von den Berg stimmte dem Antrag grundsätzlich zu, bat aber zu beachten, dass dies auf keinen Fall zu einem Wegfall der leistungsorientierten Bezahlung führen dürfe. Sollte dies der Fall sein, könne die GUS dem Antrag nicht zustimmen. Zudem hielt er die unterschiedliche Behandlung von Angestellten und Beamten für nicht optimal.

Herr Becker machte darauf aufmerksam, es gehe nicht um die Streichung, sondern um eine Verschiebung der Zahlungen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** führte **Herr Schönfelder** aus, dass die Frage der Einheitlichkeit in den Kommentierungen nicht eindeutig geklärt sei, da es sich um eine relativ junge Regelung handele. Freiwillig sei lediglich das „ob“, aber nicht das „wie“ die LOB für die Beamten eingeführt werde. Wenn es eingeführt würde, müsse sich die Verwaltung an die Regelungen halten, die auch für die

Beschäftigten gelten. Demnach wäre nach einer ersten Einschätzung auch dasselbe Volumen wie für die Beschäftigten heranzuziehen. Diesbezüglich müsse noch eine Anfrage beim Kommunalen Arbeitgeberverband Niedersachsen gestellt werden.

Herr Bruns bestätigte, dass das Thema noch nicht eindeutig geklärt sei. Sofern der Rat jedoch ein Zeichen setzen wolle, würde er jedoch aus rein finanztechnischen Gründen aufgrund der Staffelung zu dem Ursprungsantrag raten.

Herr Hellwig erklärte sich damit einverstanden. Es solle den Beamten nichts weggenommen oder vorenthalten werden, sondern es gehe um die möglichst haushaltsverträgliche Gestaltung des Änderungsantrages.

Herr Tönjes zeigte sich irritiert, dass Beschäftigte offenbar einen Abschlag zahlen sollten, Beamte aber nicht. Dies hielt er für ungerecht.

Herr Bruns verneinte dies: Es gebe keine Reduzierung bei den Beschäftigten. Es gebe einen separaten, 2%-igen Tarifanteil, der für die LOB eingesetzt werde. Es sei ein Irrglaube, dass dieser Teil „eingezahlt“ werde. Vielmehr sei dieser Anteil im Tarifvertrag für die LOB zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. von Teichman wendete ein, dass das Leistungssystem laut Gesetz für Beamte und Arbeitnehmer einheitlich sein müsse. Eine Staffelung stehe diesem Grundsatz jedoch entgegen.

Herr Bruns machte darauf aufmerksam, dass zwischen personalrechtlichen- und haushaltsrechtlichen Belangen unterschieden werden müsse. Sofern eine Einheitlichkeit zwischen Beamten und Beschäftigten nicht erzielt werden könne, könne die Verwaltung durch die Staffelung dann aber im zweiten Haushaltsjahr die volle Summe auszahlen. Die Finanzen müssten jedoch von der Fachlichkeit getrennt werden: Die Fachlichkeit müsse aktuell noch geklärt werden, wie von Herrn Schönfelder beschrieben. Sofern dies nicht möglich sei, bestünde haushalterisch aber mit Hilfe der Staffelung die Möglichkeit der Auszahlung im zweiten Jahr.

Herr Schönfelder ergänzte, dass die Bemessungsgrundlage, also die 2%, bei den Beschäftigten tarifvertraglich vereinbart sei. Da es eine solche bei den Beamten aber nicht gebe, stelle sich die Frage, ob dieser Prozentsatz zwingend auch hier zum Tragen kommen müsse oder ob auch ein geringerer Betrag, nämlich die im Antrag genannten 100 T€, eingesetzt werden könne. Dies müsse mit Blick auf die vom Gesetz geforderte Einheitlichkeit geklärt werden.

Frau Breuer hob hervor, die Gruppe wolle nicht die LOB verhindern, sondern diese vielmehr im Haushalt fest verankern. Viele Behörden in der Stadt würden mittlerweile die LOB auch für Beamten auszahlen und dies wolle die Gruppe CDU/WBV mit ihrem Antrag auch für die Stadtverwaltung erreichen.

Herr Jacques sprach sich für die SPD-Fraktion ausdrücklich für die Zahlung der LOB auch für die Beamten aus. Der Rahmen müsse durch die Verwaltung abgesteckt werden. Wenn also eine Auszahlung erfolge, dann für alle.

Herr Hellwig erklärte, er werde aufgrund der vorangegangenen Diskussion den Änderungsantrag **zurückziehen** und stattdessen den ursprünglich vorgesehenen **Änderungsantrag** einbringen und zur Abstimmung stellen:

„Für die leistungsbezogene Besoldung (LOB) der Beamten wurden nach bisherigem Stand erstmals ab 2021 jährlich 287.000,- € veranschlagt.

Wir beantragen diese wie folgt zu ändern:

Haushaltsjahr 2021: streichen (0,-€)

Haushaltsjahr 2022: 100.000,- €

In der Mittelfristplanung soll die Summe weiter aufwachsen:

Haushaltsjahr 2023: 200.000,- €

Haushaltsjahr 2024: 287.000,- €.“

Diesem Änderungsantrag wurde bei 5 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Anschließend wurde die Sitzung für eine **Pause von 15:30 Uhr bis 15:50 Uhr** unterbrochen. Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung über die weiteren Teilhaushalte.

6.1.10.6.2 Teilhaushalt 16 - Städtische Datenverarbeitung

Keine Wortmeldungen

6.1.10.6.3 Teilhaushalt 20 - Finanzen

Herr Hellwig brachte für die Gruppe CDU/WBV den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

Die vom Träger entsandten Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Wilhelmshaven sollen beschließen, dass der ausgewiesene Bilanzgewinn an den Träger abzuführen ist.“

Frau Glaser, Oberbürgermeister Feist und **Herr Jacques** erklärten, sich als Mitglieder des Verwaltungsrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung beteiligen zu wollen. Auch **Frau Bakir** beteiligte sich aus privaten Gründen nicht.

Herr Schön und **Herr Tönjes** befürworteten den Antrag.

Herr Dr. von Teichman verwies auf eine Anfrage zum Thema, laut der dies nicht möglich sei.

Herr Hellwig hielt dem entgegen, man wolle es dennoch auf einen Versuch ankommen lassen.

Der **Änderungsantrag** wurde anschließend bei 33 Ja-Stimmen **einstimmig angenommen** (ohne Beteiligung von Oberbürgermeister Feist, Frau Glaser, Herrn Jacques und Frau Bakir).

6.1.10.6.4 Teilhaushalt 66 - Konzern Stadt

Keine Wortmeldungen

6.1.10.6.5 Teilhaushalt 99 - Allgemeine Finanzen

Keine Wortmeldungen

6.1.10.7 Investitionsprogramm 2021-2025

Keine Wortmeldungen

6.1.10.8 Stellenplan 2021/2022 (inkl. Änderungsübersicht)

Herr von den Berg brachte für die Gruppe GUS folgenden Änderungsantrag zum Stellenplan ein:

„1. Stelle im Ordnungsdienst zur Nutzung für die untere Naturschutzbehörde, zur Umsetzung des nds. Weges, der weitere Versiegelungen verhindern soll, das Artensterben bremsen und die Vernichtung von "Grün" in unserer Stadt verhindern hilft.

*Es sind zwei Stellen im Ordnungsdienst (Seite 281 zwei Mitarbeiter) vorgesehen
Keine Mehrkosten, nur Aufteilung der beiden Stellen.“*

Herr Hellwig gab zu bedenken, dass der Ordnungsdienst für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sorgen solle und dafür würden alle verfügbaren Stellen benötigt. Sofern der Fachbereich 36 weitere Stellen benötige, müsse dieser die entsprechende Zahl beantragen.

Herr Bruns hielt den Antrag für schwierig. Die Aufgaben des Ordnungsdienstes würden geprüft, bewertet und ausgeschrieben und könnten nicht so einfach umgewidmet werden. Einzig, wenn eine Kraft des Ordnungsdienstes Aufgaben für das Umweltamt mit versehen solle, sehe er eine Chance für eine Umsetzung des Antrages.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die **Herren Jacques, Dr. Schulte, Prof. Preuß, Dr. von Teichman, Marušić, Walzner, Schön, Tönjes, Bruns** und **Hellwig**.

Dabei bestand Übereinkunft im Bestreben nach vermehrtem Schutz der Natur und der Überwachung der Einhaltung von Schutzmaßnahmen. Ein Teil der Sprecher vertrat die Auffassung, diese Aufgaben könnten von den Mitarbeitern des Ordnungsdienstes mit übernommen werden. Die Herren Marušić und Bruns äußerten Bedenken hinsichtlich der Ansiedlung dieser Aufgabe in einem anderen Fachbereich (Bauordnungsamt oder Umweltamt). Dort gebe es keine freien Kapazitäten.

Herr von den Berg stellte abschließend fest, dass jedoch bereits die soeben geführte Diskussion zum Ziel geführt und offenbar einen Nerv getroffen habe. Alle hätten die Intention des Antrags verstanden, zumal es sich um ein hoch aktuelles Thema handle. Abschließend appellierte er, dem Antrag zuzustimmen; es gehe nicht zuletzt auch um Ordnungs- und Sicherheitspolitik.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde der Änderungsantrag der Gruppe GUS bei 15 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

6.1.11 Haushaltssatzung 2021/2022 der Stadt Wilhelmshaven

71/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.03.2021 vor.

Herr Tönjes zeigte sich zufrieden mit dem nun zu verabschiedenden Haushalt, auch wenn er nicht allen Maßnahmen zustimmen könne. Der Rat habe den vorgegebenen Rahmen mit Zahlen gefüllt, was seiner Meinung nach recht gut gelungen sei.

Herr Dr. von Teichman bedauerte, dass nicht allen Änderungsanträgen der Gruppe FDP/FW zugestimmt worden sei und zudem verschiedene Anträge zur Verschlechterung des Haushaltes betragen würden. Er persönlich werde daher gegen den Haushalt stimmen.

Herr Hellwig signalisierte die Zustimmung der Gruppe CDU/WBV, auch wenn diese ebenfalls nicht mit allen gefassten Beschlüssen einverstanden sei. Die Stadt benötige jedoch einen Haushalt und der Kämmerer die Zustimmung des Rates um in die Verhandlungen mit der Kommunalaufsicht zu starten.

Herr von den Berg stimmte den Ausführungen von Herrn Hellwig zu und wünschte dem Kämmerer viel Glück bei der Umsetzung des Haushaltes. Es sei wichtig, den Haushalt genehmigt zu bekommen und die Arbeit aufnehmen zu können, persönliche oder politische Wünsche müssten dabei hinten stehen.

Herr Moriße erklärte, auch die AfD-Fraktion werde trotz einiger Kritikpunkte dem Haushalt zustimmen.

Herr Bruns sprach seinen Dank an alle Mitarbeiter aus, die an der Erstellung des Haushalts mitgewirkt haben, was sich in diesem Jahr besonders schwierig gestaltet habe.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, inklusive der beschlossenen Änderungen)

1. Der Rat beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 einschließlich des Haushaltsplanes und des Investitionsprogrammes unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen und Haushaltsvermerke sowie der Anlagen zum Haushaltsplan.
2. Der Rat beschließt gem. § 182 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) auf die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 zu verzichten.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es lagen keine Berichte vor.

8 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 16:25 Uhr (24.03.2021)

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin